



LaS

Landesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros NRW

Dokumentation der Jahresfachtagung 19. Juni 2018

Soziale Isolation im Alter
Herausforderungen und Lösungen für die Seniorenarbeit



... gemeinsam engagiert in Nordrhein-Westfalen.

In Kooperation mit:



BaS

Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros

Gefördert vom

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen



Inhalt

Die Jahresfachtagung 2018	3
Ergebnisse aus den Workshops.....	6
Workshop 1: Pflegebedürftigkeit und Angehörigenpflege	6
Workshop 2: Gesundheit und Prävention	7
Workshop 3: Altersarmut	9
Workshop 4: Kriminalität.....	10
Abschlussdiskussion	12
Die Lenkungsgruppe 2018-2020.....	12
Wir sagen „Dankeschön“	13

Die Jahresfachtagung 2018

Stabile soziale Beziehungen tun Menschen aller Altersklassen gut. Diverse Untersuchungen belegen, dass ein intaktes soziales Netz zum Wohlbefinden und zur Gesunderhaltung beitragen. Andersherum formuliert: brechen diese Netzwerke weg oder gab es sie gar nicht erst, sind Menschen von Isolation und Vereinsamung bedroht.

Gerade im Alter laufen Menschen Gefahr, sozialer Isolation ausgesetzt zu sein. Die Gründe dafür sind vielfältig. Körperliche Einschränkungen oder kognitive Einbußen, traumatische biographische Erlebnisse oder (Alters-)Armut können dazu führen, dass sich Menschen isolieren oder von ihrem Umfeld isoliert werden.

In der diesjährigen Jahresfachtagung der Landesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros NRW sind wir dieser Frage nachgegangen. Unter dem Thema „Soziale Isolation im Alter – Herausforderungen und Lösungen für die Seniorenarbeit“ wurde auf unterschiedlichen Wegen versucht, sich dem Thema zu nähern, sich auszutauschen und Handlungsempfehlungen abzuleiten.



Die große Zahl von 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die sich für den Fachtag angemeldet haben, machte schnell deutlich, dass das Thema eine große Bedeutung hat. Vielleicht aber auch, dass es ein Thema ist, was bislang noch nicht so sehr im Fokus der Seniorenarbeit stand.



Ursula Woltering, Sprecherin der LaS, begrüßte zunächst alle Anwesenden und freute sich über die große Resonanz auf die Veranstaltung. Bezug nehmend auf die acht Jahre kontinuierliche Arbeit der LaS NRW, stellte sie insbesondere die wachsende Mitgliederzahl – mittlerweile sind 114 Seniorenbüros Mitglied in der LaS – heraus und gab einen kurzen Rückblick auf die Aktivitäten der LaS im vergangenen Jahr.

Auch Jörg Marx, Sprecher der LaS NRW und Moderator der Jahresfachtagung, begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie die ReferentInnen des Tages und freute sich über die hochkarätige Besetzung der Vorträge und Workshops. Auch stellte Jörg Marx die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Themas soziale Isolation im Alter heraus und hob zudem hervor, dass das Thema stärker in den (kommunal-)politischen Fokus gerückt werden muss.



Gerhard Herrmann, Abteilungsleiter Pflege, Alter und demographische Entwicklung im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW richtete ein Grußwort an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung und stellte sich als neuer Abteilungsleiter im MAGS NRW vor. Herr Herrmann unterstrich in seinem Beitrag, dass mit der Neuauflage des Landesförderplanes die Absicht verbunden sei, eine große Vielfalt von kreativen und fachpolitisch weiterbringenden Vorhaben möglichst unbürokratisch umsetzen zu können. Dabei sei immer von den konkreten Problemlagen alter Menschen auszugehen. In diesem Sinne soll der Landesförderplan durch die Neuauflage in seiner Wirksamkeit verschlankt und verbessert werden.

Ein besonderes Anliegen der neuen Landesregierung sei es, die gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung Pflegebedürftiger zu verbessern und Isolation und Vereinsamung entgegenzuwirken. Im besonderen Fokus des Ministeriums stehe hierbei auch die Förderung der Möglichkeiten zur digitalen Teilhabe älterer Menschen.

Aktuell arbeite das Ministerium vor diesem Hintergrund an der Frage, welche unterstützenden Strukturen in Nordrhein-Westfalen erforderlich sind, um die fachpolitischen Vorgaben bestmöglich umsetzen zu können. Die Überlegungen hierzu seien weit gediehen, aber noch nicht abschließend diskutiert.

Erfreulicherweise konnte Herr Herrmann in der gut besuchten Veranstaltung mitteilen, dass die Landesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros NRW davon ausgehen könne, auch in den kommenden Jahren weiter finanziert zu werden.

Wir freuen uns über diese positiven Nachrichten!

Johannes Weber, Kurator des KDA und Amtsleiter Abteilung Altenarbeit der Landeshauptstadt Wiesbaden stellte in seinem Impulsvortrag das Projekt „Netzwerk für geriatrische Rehabilitation Wiesbaden (GeReNet.Wi)“ vor. Ziel dieses Projekts war, die Wiesbadener Beratungs- und Unterstützungsstrukturen in der Altenhilfe und im Gesundheitswesen besser aufeinander abzustimmen, weiter zu vernetzen und den Bekanntheitsgrad der Angebote zu steigern. Aus dem Projekt hat sich eine seit 2007 bestehende Kooperationsplattform für Dienste, Institutionen und Akteure der Altenhilfe und des Gesundheitswesens in Wiesbaden entwickelt, mit dem Ziel, eine umfassende und lückenlose Versorgung älterer, hilfs- und pflegebedürftiger Menschen zu Hause sicher zu stellen. Weitere Projekte wie Das „Forum Demenz Wiesbaden“ oder „Silberstreifen e.V.“ haben sich mit der Zeit aus dem Projekt entwickelt. Finanziert wird das Projekt GeReNet.Wi zu 100% aus kommunalen Mitteln der Stadt Wiesbaden.



Unter der Überschrift „Soziale Ungleichheit, Armut und Isolation im Alter“ beschrieb Prof. Dr. Christoph Butterwegge von der Universität zu Köln eindrücklich, dass es einer anderen Arbeits- und Rentenpolitik bedarf, damit ökonomische Ungleichheit ausgeglichen werden kann. Es müsse zum Beispiel damit begonnen werden, den Mindestlohn auf 12€/Std. hoch zu setzen. Die Leiharbeit müsse stark verringert oder verboten und die Beschäftigungsverhältnisse ohne Rentenbeitragszahlung abgeschafft werden. Butterwegge

differenzierte in seinen Ausführungen zwischen absoluter und relativer Armut. Für ihn sei der Begriff der relativen Armut viel aussagekräftiger, denn Armut an einem absoluten Wert festzumachen, könne bundesweit einheitlich nicht gelten. Weiter erläuterte Butterwegge, dass es neben der finanziellen Armut auch eine sozioökonomische Armut gibt, die dazu führt, am gesellschaftlichen Leben nicht teilnehmen zu können. Seine zwei Armutsbegriffe sind eng miteinander verbunden und beides kann, so Butterwegge, in die soziale Isolation münden.

Armut als lebensbegleitendes Stigma („von der Kinderarmut in die Altersarmut“) muss aufgebrochen werden, nur so kann Altersarmut verhindert werden. Butterwegge schlägt drei Maßnahmen zur Bekämpfung von Altersarmut vor:

- Einführung einer Erwerbsersatzversicherung/ Bürgerversicherung
- Erhöhung der Regelbedarfe
- Einbeziehung aller in das Thema Inklusion

Ergebnisse aus den Workshops

Wie eingangs beschrieben gibt es eine Vielzahl von Gründen, die zu sozialer Isolation führen können. In den Workshops am Nachmittag wurden vier Themenbereiche herausgestellt und von den jeweiligen WorkshopteilnehmerInnen bearbeitet. Unser besonderer Dank geht an die fachkundigen InputgeberInnen Susanne Hallermann, Arndt Winterer, Norbert Wörmann, Dr. Zuzanna Hanussek, Dr. Nils Dahl und Elisabeth Auchter-Mainz, die ihr Wissen mit uns geteilt haben.

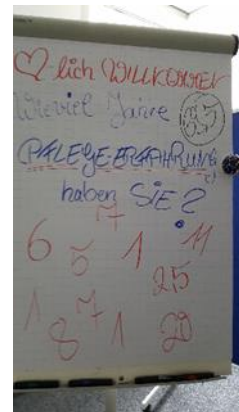
Workshop 1: Pflegebedürftigkeit und Angehörigenpflege

Input: Susanne Hallermann, Projektleiterin bei „wir pflegen NRW e. V.“

Moderation durch LaS NRW: Ruth Stieglitz

Fakten:

- 580.000 Pflegebedürftige (mit Pflegestufe), 1.000.000 geschätzt, Dunkelziffer das doppelte, 63 % Steigerung bis 2060
- 76,4 % werden in den Familien gepflegt und begleitet
- oft 63 Stunden die Woche; im Durchschnitt 9,3 Jahre
- 90 % möchten Zuhause gepflegt werden
- 67 % der Pflegenden sind Frauen
- Beruf, Familie und Pflege als Spagat
- allein gelassen, schlecht informiert
- Hohes Risiko selbst zu erkranken
- Fehlendes Personal oder Kapazitäten in der Entlastung
- Zunehmende Isolation aufgrund der Pflegesituation kann zu Einsamkeit führen



Susanne Hallermann, Projektleiterin bei „wir pflegen NRW e.V.“, macht zu Beginn deutlich, dass die Themen Armut und Isolation bereits vor 10 Jahren von „wir pflegen NRW“ angesprochen, aber erst heute in der öffentlichen Wahrnehmung angekommen sind. Besonders pflegende Angehörige stehen unter dem Risiko der sozialen Isolation. Sie wünschen sich mehr Möglichkeiten zum Austausch mit Gleichbetroffenen und Angebote zur Selbsthilfe. Frau Hallermann appelliert an alle pflegenden Angehörigen, sich in ihren Kommunen zu engagieren (z.B. Kommunale Konferenz Alter und Pflege)!

Im Verlauf des Workshops wurde schnell deutlich, dass das Thema Angehörigenpflege vor vielen Herausforderungen steht. So verweist Frau Hallermann darauf, dass es ohne die Angehörigenpflege nicht funktionieren würde. Selbst 8000 neue Stellen in der Pflege könnten nicht ansatzweise den Bedarf decken, Heimplätze gibt es nicht in ausreichender Zahl und auch die Angebote beispielsweise in der Kurzzeitpflege reichen nicht aus. Auf der anderen Seite benötigen die pflegenden Angehörigen aber dringend bessere Unterstützungsstrukturen und Rahmenbedingungen. Die Hürden, Beruf und Pflege gut miteinander zu vereinbaren, so Frau Hallermann, sind sehr hoch. So bieten Arbeitgeber zwar oft Schulungen an, sind aber häufig selbst

nicht informiert über Möglichkeiten der Freistellung. MitarbeiterInnen wiederum trauen sich nicht die Themen offen anzusprechen, aus Sorge den Arbeitsplatz zu verlieren. Auch wird der Zugang zu Leistungen aus SGB XI bewusst kompliziert gemacht, um die Inanspruchnahme zu senken (Beispiel: Entlastungsbetrag) oder Pflegekassen kommen oft ihrem Beratungsauftrag nicht nach. In der Konsequenz sieht die Politik nur die Nicht-Inanspruchnahme von Leistungen, nicht aber warum es so ist, z.B. durch Informationsdefizit oder fehlenden Angebote. Eine weitere Hürde stellt für pflegende Angehörige der sinkende Rentenanspruch bei Inanspruchnahme von Kombileistungen (SGB XI) dar. Sobald sich pflegende Angehörige Unterstützung in Form von beispielsweise eines Pflegedienstes holen, sinken die eigenen Rentenansprüche.

Somit trifft es pflegende Angehörige doppelt hart und sie sind vom Risiko, in die Altersarmut zu kommen, stärker betroffen!

Frau Hallermann fasst die Ergebnisse des Workshops zusammen: An erster Stelle steht, dass offen mit diesen Themen umgegangen werden muss. Pflegende Angehörige wünschen sich gefragt zu werden, was ihre Wünsche und Bedarfe sind. Darüber hinaus ist Pflege unterfinanziert in allen Bereichen: Professionelle Pflege genauso wie Angehörigenpflege. Pflege ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, daher muss mehr Geld ins System. Als interessantes Beispiel, wie es in anderen Ländern gehandhabt wird, führt Frau Hallermann das Skandinavische Modell an: dort ist die Pflege in staatlicher Hand und wird kommunal finanziert und organisiert. Um auch in Deutschland ähnliche Strukturen einführen zu können, schlägt Frau Hallermann eine Umwidmung des Solidaritätszuschlags zugunsten der Pflege vor.



Workshop 2: Gesundheit und Prävention

Input: Arndt Winterer, Direktor des Landesentrums Gesundheit Nordrhein-Westfalen

Moderation durch LaS NRW: Jörg Marx

Arndt Winterer stellte das Landeszentrum für Gesundheit als „Tochter“ des NRW-Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales vor, seine wesentlichste Aufgabe ist die Beratung von Kommunen in gesundheitlichen Fragen und die Förderung von Projekten. In seinem Vortrag hob Herr Winterer besonders den Zusammenhang zwischen sozialer Isolation und Gesundheit hervor. So schwächt beispielsweise Arbeitslosigkeit Menschen auch gesundheitlich – gleichzeitig haben gesundheitlich schwache Menschen geringer Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Einen ähnlichen Teufelskreis lässt sich auch bei sozialer Isolation festmachen. Als weiteres Beispiel führte er an, dass Menschen, die - aus welchem Grund auch immer – „aus dem Leben fallen“, ein erhöhtes Demenzrisiko tragen. Der Zusammenhang zwischen Gesundheit und Teilhabe bzw. Krankheit und Isolation sei also vielfältig.

Winterer nimmt auch das Präventionsgesetz in den Blick: seiner Auffassung nach ist das Präventionsgesetz zwar lebensweltorientierter geworden. Dennoch fehlen aber beispielsweise öffentliche Toiletten als basale Infrastrukturleistung bei Inkontinenz. Das Präventionsgesetz legt seiner Meinung nach einen großen Akzent



auf Versorgungsfragen. Eine stärkere Berücksichtigung präventiver Maßnahmen beispielsweise bei dementiellen und psychischen Erkrankungen, wäre wünschenswert.

Die Gestaltung der Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger ist auch Aufgabe der Kommune. Veränderte Bedarfe müssen öffentlich wahrgenommen werden; Mittel dafür seien vorhanden, so Winterer. Sie werden aber in der Regel nicht komplett abgerufen.

Es fehlen „gute Projekte“!

Für eine Antragstellung beim Landeszentrum sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Identifizierung einer Problemlage, Beschreibung der Idee;
- Beschreibung der gesundheitlichen Dimension eines Vorhabens;
- Was soll erreicht werden ...
- ... mit welchen Partnern?
- Details, Konkretisierungen können nachgereicht werden!
- Innovation sei nicht nötig, aber es darf nicht die Wiederholung eines bereits geförderten Projektes sein.
- Antragssteller treffen auf ein gestiegenes Bewusstsein der GKVen; diese sollten bei der Projektfinanzierung berücksichtigt werden (s. Projekt „Walkability“).
- Versorgungslücken im Stadtteil über Projekte mit gesundheitsförderlichem Bezug; Beseitigung von Mängeln in der Lebensmittelversorgung sei eher nicht förderfähig;
- Antragsteller ist der/die Lebensweltverantwortliche: Kommune, Verbände, freie Träger etc.
- Nachhaltigkeitsaspekt berücksichtigen: Antrag muss die Hoffnung wecken, dass ein Angebot xy sich nach drei Jahren selbst trägt;
- Bedarfslückenschließung durch Kommunikation, z.B. durch Einrichtung einer Koordinierungsstelle;
- Ressourceneinsatz soll die Bildung von Netzwerken und deren Erhaltung unterstützen.

Workshop 3: Altersarmut

Input:

Norbert Wörmann, Leiter der
Fachstelle für sozialraumorientierte
Armutsbekämpfung
Pfarrerin Dr. Zuzanna Hanussek,
Evangelischer Kirchenkreis
Gelsenkirchen-Wattenscheid
Dr. Nils Dahl, Institut für Modernes
Japan, Heinrich Heine Universität
Düsseldorf



Moderation durch LaS NRW:
Ursula Woltering

Norbert Wörmann beschreibt in seinem Vortrag zunächst, dass es vor 20 Jahren undenkbar gewesen wäre, dass eine ältere Frau / ein älterer Mann im Park einen Mülleimer nach Nahrung durchwühlt und es keine Aufmerksamkeit auf sich zieht. Heute gehört es in vielen Teilen NRWs zum Alltagsbild.

Wer 918 € oder weniger im Monat zur Verfügung hat, gilt in Deutschland als arm. In NRW war 2015 jedeR sechste EinwohnerIn von Armut betroffen. Das kann wiederum zur Folge haben, dass eine wachsende Personengruppe von Isolation betroffen ist, denn wer in Armut lebt, hat automatisch weniger Möglichkeiten zur Teilhabe. Insbesondere die Armutsquote bei RentnerInnen ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen (von 2005 bis 2016 von 10,7% auf 15,9%). Besonders stark von Altersarmut betroffen sind Frauen, da bei ihnen aufgrund von Erziehungszeiten die Rentenansprüche geringer ausfallen.

2016 haben in NRW 267.000 Menschen Leistungen der Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung bezogen. Davon 146.000 im Rentenalter und davon rund 89.000 Frauen. Jedoch gibt es noch eine große Anzahl derer, die trotz Anspruch aus Scham oder Unkenntnis ihrer Ansprüche keine Grundsicherung im Alter beantragen.

Hier weist Herr Wörmann deutlich darauf hin, dass „Geh“-Struktur-Maßnahmen zwingend erforderlich sind um die erste Barriere zu brechen und einen Zugang zu den Menschen in Armut zu bekommen. Es wäre auch wünschenswert, wenn das Projekt *Präventive Hausbesuche* wieder aufgegriffen würde. Auch spielt die altersgerechte Quartiersgestaltung eine zentrale Rolle in der Bekämpfung von Altersarmut. In Blick genommen werden muss zudem das Thema Altersarmut und Migration, da in Familien mit Migrationshintergrund oftmals das Pflegegeld fester Bestandteil des Familieneinkommens ist und deshalb wenige MigrantInnen in stationären Einrichtungen sind. Auch hier wäre ein aufsuchendes Angebot erforderlich.

„Am Ende eines armen Lebens steht auch ein armer Tod – immer mehr Menschen sterben unentdeckt“. So beschreibt Frau Dr. Hanussek ihre Erfahrungen als Pfarrerin und Gerontologin im evangelischem Kirchenkreis Gelsenkirchen und Wattenscheid. Es gibt immer mehr Armutsbestattungen in Deutschland, die durch das Ordnungsamt durchgeführt werden. Die Stadt Gelsenkirchen hat sich diesem Thema gewidmet und bietet zweimal im Monat begleitete Bestattungen sowie alle drei Monate eine Gedenkfeier für Verstorbene, die in Armut gelebt haben, an. Armut und in Folge Isolation kann dazu führen, dass Menschen versterben und von niemandem vermisst werden. Oft liegen sie dann Tage bis Monate hinter verschlossenen Türen. Bislang gibt es keine Statistiken, wie viele unentdeckte Tote es in den jeweiligen Kommunen gibt. Erfahrungswerte zeigen aber, dass die Anzahl stetig steigt und zum Handlungsfeld der Kommunen werden muss.

Auch hier weist Frau Dr. Hanussek darauf hin, dass aufsuchende Maßnahmen und nachbarschaftliche Angebote am zielführendsten sind. Beispiele wie das Rotthauer Wohnzimmer (Gelsenkirchen) oder Taschengeldbörsen verdeutlichen, wie wichtig nachbarschaftliche Hilfen sind. Ein aufmerksames und zugewandtes (nachbarschaftliches) Umfeld sind das beste Mittel, um Isolation vorzubeugen.

Dr. Nils Dahl verdeutlicht in seinen Ausführungen, dass die Zunahme von Isolation und Vereinsamung im Alter ein globales Phänomen ist. In seinen Untersuchungen zum Thema „einsame Tode in Japan“ stellt er heraus, dass sich das Familien- und Nachbarschaftsleben in Japan in den letzten Jahren dramatisch verändert hat und zunehmend Ältere von Isolation und Vereinsamung betroffen sind. Japan hat bereits einige Maßnahmen ergriffen, um dem entgegen zu steuern: So ist z.B. die Einführung der Pflegeversicherung nach deutschem Beispiel zu nennen oder aber auch eine Stärkung der lokalen Ansprechpartner wie Freiwilligenorganisationen oder Sportvereine. Straßenschilder mit Botschaften wie „Grüßt euch“ oder „Lernt euch kennen“ machen den Menschen im Alltag immer wieder bewusst, dass sie aufmerksam miteinander umgehen sollen.

Workshop 4: Kriminalität

Input und Moderation:

Elisabeth Auchter-Mainz, Opferschutzbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu Beginn des Workshops wurden Merkmale im Bereich Straftaten mit älteren Menschen als Opfer dargestellt. Anschließend lag der Fokus auf den Handlungsmöglichkeiten, um Straftaten zu vermeiden beziehungsweise frühzeitig aufzudecken.

Straftaten an älteren Menschen – Merkmale:



Zwei Phänomene sind im Kontext des Themas zu beobachten: Zum einen empfinden ältere Menschen häufig eine Eigenverantwortung für das Geschehene und suchen die Schuld daher bei sich. Damit verbunden entwickeln ältere Menschen, die Opfer von Straftaten geworden sind, häufig eine Art Schamgefühl.

Es ist davon auszugehen, dass aufgrund dieser beobachtbaren Verhaltensweisen, eine recht hohe Dunkelziffer an Straftaten besteht. Sozial isoliert lebende Menschen sind besonders gefährdet Opfer von Straftaten zu werden. Trickbetrüger suchen nicht selten gezielt nach diesem Personenkreis.

Wichtige Akteure in diesem Zusammenhang sind:

- Polizei
- Taxizentralen (Wer fährt warum wo hin?)
- Banken
- Verbraucherzentrale
- Angehörige

Schulungen sind dabei das wichtigste Mittel, diese Personenkreise aufzuklären. Inhaltlich geht es um die Fragen: Wo liegen die genauen Problempunkte? Wie gehe ich damit konkret um?

Die Staatsanwaltschaft in Aachen hat im Rahmen eines Pilotprojektes seit 2010 ein Sonderdezernat zu Straftaten an Senioren eingerichtet. Dieses Vorgehen erweist sich als sehr erfolgreich, da die Anzahl der Strafanzeigen deutlich zugenommen hat (von 200 im Jahr 2010 auf 2000 im Jahr 2017). Zwar kann hier kein einfacher Kausalzusammenhang hergestellt werden. Dennoch ist von einer nicht unerheblichen Wirkung auszugehen. Dieser Ansatz müsste nun in NRW auf andere Kommunen/Regionen übertragen werden.

Bezüglich der Opfer sind Beratungsangebote zentral. Das Erlebte kann nicht rückgängig gemacht werden, es kann aber in die Lebensgeschichte integriert werden. Eine professionelle Beratung ist ausschlaggebend, da die Geschehnisse häufig traumatische Auswirkungen haben.

Opferschutz in NRW:

Seit dem 01.12.2017 ist Frau Auchter-Mainz in der Funktion als Opferschutzbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen aktiv. Das Team ist interdisziplinär besetzt. Zu Erreichen ist die Stelle über Hotline, Mail und natürlich auch persönlich. Zum Aufgabenspektrum zählt dabei nicht die Rechtsberatung. Allerdings werden Hinweise und Auskünfte zu passenden regionalen Anlaufstellen gegeben (Lotsenfunktion). Eine wichtige Aufgabe der Opferschutzbeauftragten ist natürlich auch die Entwicklungen von Handlungsempfehlungen gegenüber der Politik.

Im Tagesgeschäft melden sich sehr viele ältere Menschen. Darunter sind aktuell viele Opfer von sexuellem Missbrauch (was meist in die Kindheit zurückreicht) sowie Heimkinder.

Abschlussdiskussion

Die InputgeberInnen aus den Workshops fanden sich zum Abschluss des Tages nochmals für eine Diskussionsrunde im Plenum zusammen. Hier wurde schnell deutlich, dass Lösungsstrategien entwickelt werden müssen, um sozialer Isolation im Alter zu begegnen. Alle DiskutantInnen waren sich einig, dass es einer achtsamen Gesellschaft bedarf. Es muss in der Gesellschaft stärker für das



Thema sensibilisiert werden. Lokale Vernetzung trägt eine große Bedeutung und kann sozialer Isolation vorbeugen. Nachbarschaften sollten wieder stärker im Fokus des Miteinanders stehen.

Dennoch, und auch das wurde in der Abschlussrunde deutlich, darf keine Überversorgung produziert werden.

Soziale Beziehungen verändern sich über den Lebensverlauf und werden von Älteren anderes empfunden und bewertet als von Jüngeren.

Die Lenkungsgruppe 2018-2020

Die LaS NRW hat für die interne Organisation und Steuerung eine Lenkungsgruppe gebildet, die gemeinsam mit dem Landesbüro und der BaS die inhaltliche Jahresplanung aufstellt, die Jahresfachkonferenzen plant und durchführt und an der Außenvertretung der LaS NRW mitwirkt. Sie wird für 2 Jahre von der Mitgliederversammlung gewählt.

Im Rahmen der diesjährigen Jahresfachtagung wurden für die Jahre 2018-2020 folgende Mitglieder im Amt bestätigt bzw. neu gewählt:



Marita Gerwin,
Fachstelle „Zukunft
Alter“ Arnsberg



**Petra
Kuschnerenko,**
Demografie-
beauftragte Stadt
Dorsten



Julius Leberl,
Koordinierungs-
stelle Senioren-
und Behinderten-
beauftragte Stadt
Gelsenkirchen



Jörg Marx,
Sozialamt der
Stadt Mülheim an
der Ruhr



Ruth Stieglitz,
Fachbereich
Altenhilfe der
Stadt
Mönchengladbach



Helmut Josch,
Seniorenbüro Bad
Sassendorf



Ulla Woltering,
Trägervertreterin des
Landesbüros /
Geschäftsführerin Alter
und Soziales e.V.



Britta Sporket,
Geschäftsführung
Landesbüro LaS NRW



**Franz-Ludwig
Blömker,**
1. Vorsitzender BaS e.V.

In der Lenkungsgruppe sind ein Seniorenbüro in freier Trägerschaft (Bad Sassendorf) und sechs kommunale Seniorenbüros (Ahlen, Arnsberg, Dorsten, Gelsenkirchen, Mönchengladbach und Mülheim a. d. R.) vertreten.

Ein herzlicher Dank geht an Bernd Hellbusch aus Gelsenkirchen, der von 2014 bis 2018 Teil der Lenkungsgruppe war und sich nun anderen Projekten widmen möchte. Vielen Dank für deinen langjährigen tatkräftigen Einsatz!

Wir sagen „Dankeschön“

Danken möchten wir Karin Buddendick, Manfred Kehr, Maria Nordhoff und Martina Romeike, die die Tagung dokumentiert haben. Ein großer Dank gilt auch Christian Pälme, der die Diskussionsrunde mit den InputgeberInnen der Workshops moderiert hat.

Abschließend danken möchten wir auch der Lenkungsgruppe, die die Arbeit der LaS NRW konzeptionell begleitet und auch die Jahresfachtagung maßgeblich mitgestaltet hat.

Kontakt

Landesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros Nordrhein-Westfalen

Landesbüro
c/o Seniorenbüro Ahlen
Wilhelmstr. 5 in 59227 Ahlen
Tel.: (02382) 94099714
Fax: (02382) 4028
E-Mail: info@las-nrw.de
www.las-nrw.de